

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 21. Januar 1966

A 22127 C

Nummer 3

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Januar 1966

Die internationale Situation

Aufgrund des verstärkten wirtschaftlichen Wachstums in den Vereinigten Staaten dürfte die Zunahme des Bruttosozialprodukts im Durchschnitt der Industrieländer 1965 noch etwas größer gewesen sein als vor kurzem angenommen wurde. Mit einer Fortsetzung des gegenwärtigen Expansionsstempos im Jahre 1966 ist wiederum nicht zuletzt dank einer günstigen Entwicklung in den Vereinigten Staaten zu rechnen. Das wirtschaftliche Wachstum vollzieht sich auf dem Hintergrund vermehrter außenwirtschaftlicher Restriktionen. Vor allem die Entliberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs durch die amerikanischen Maßnahmen muß bedauert werden. Sie hat nur eine teilweise Entlastung der Zahlungsbilanz der USA bringen können, war zur gleichen Zeit aber von Zinssteigerungen begleitet, die sich nicht auf die Vereinigten Staaten beschränken, sondern für zahlreiche Industrieländer charakteristisch sind. Das Zinsgefälle blieb somit fast unverändert.

Auf dem Gebiet der Einkommenspolitik verstärken sich die Tendenzen zu einer offiziellen Einflußnahme. So hat sich Großbritannien in dem Lohn- und Preisausschuß (Prices and Incomes Board) eine Institution geschaffen, von der Lohn- und Preiserhöhungen vor ihrem Inkrafttreten überprüft werden. Nachdem die Regierung in den Vereinigten Staaten schon vor einigen Jahren die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritte zur Richtlinie für Lohnsteigerungen gemacht und im vergangenen Jahre die private Wirtschaft mehrmals zu Preisdisziplin aufgefordert hatte, werden nun auch hier Vorschläge zur Diskussion gestellt, die auf eine Information über geplante Preisanhebungen hinauslaufen. Der Vorteil solchen Vorgehens liegt vor allem darin, daß die Mitverantwortung der Sozialpartner für Lohn- und Preiserhöhungen herausgestellt wird und diese dadurch zu einer Differenzierung in der Lohn- und Preisgestaltung veranlaßt werden könnten, die es erlaubt, der Preisstabilität näher zu kommen.

Nach den vorläufigen offiziellen Verlautbarungen ist das Bruttosozialprodukt der *Vereinigten Staaten*

1965 um real 5,5 vH und um nominal 7,5 vH gegenüber 1964 gestiegen. Obwohl detaillierte Angaben noch nicht vorliegen, dürfte sich in diesen Ziffern nicht nur eine Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit im vierten Quartal, sondern darüber hinaus auch eine Revision der Ergebnisse vorangegangener Vierteljahre ausdrücken. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die reale und die nominale Wachstumsrate in gleichem Maße nach oben revidiert wurden, der Preisanstieg demnach unverändert auf knapp 2 vH geschätzt wird. Befriedigend ist ferner, daß die höhere Produktionszunahme verstärkte Produktivitätsfortschritte impliziert. Die Kosten-Erlös-Situation der Unternehmer und damit auch die Vorbedingungen für weiterhin nur mäßige Preissteigerungen dürften damit günstiger sein als bisher angenommen wurde.

Aufgrund der Erhöhung der Sozialbeiträge am Anfang 1966 werden die verfügbaren Einkommen nicht so schnell wie die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer zunehmen. Einer langsamer wachsenden Verbrauchernachfrage werden jedoch unverändert steigende Investitionsaufwendungen der gewerblichen Wirtschaft und beschleunigt wachsende Staatsausgaben gegenüberstehen. Nach den vorliegenden Daten ist mit einer Zunahme der Gesamtnachfrage um 7,5 vH (real reichlich 5 vH) zu rechnen.

Die erhöhten Währungsreserven *Großbritanniens* zum Jahresende sind Ausdruck einer relativ günstigen Entwicklung der außenwirtschaftlichen Zahlungsvorgänge. Sie ist weitgehend auf die Dämpfung der Binnennachfrage zurückzuführen, die sich jedoch noch nicht in einer Entspannung der Arbeitsmarktlage niedergeschlagen hat. Die Zahl der offenen Stellen hat sich saisonbereinigt eher wieder etwas erhöht, und auch die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen weist seit einigen Monaten wieder fallende Tendenz auf. Auch wenn man berücksichtigt, daß sich die Wochenarbeitszeit geringfügig vermindert hat, lassen die Daten angesichts der Produktionsentwicklung auf unbefriedigende Produktivitätsfortschritte schließen. Die um die einkommenspolitischen Maßnahmen erweiterte „stop-and-go-Politik“ hat Großbritannien bisher nicht die Erfolge gebracht, die sich die Führungsinstanzen

erhofft haben. Ermutigend ist jedoch, daß einzelne Großunternehmen die Gewerkschaften durch Beteiligung der Arbeitnehmer an Produktivitätsfortschritten zur Aufgabe ihres Widerstandes gegen Rationalisierungsmaßnahmen bewegen konnten. Solche Abkommen könnten, wenn sie Schule machen, den Anstoß zu der dringend notwendigen Rationalisierung des britischen Produktionsapparates geben. Sie sind jedoch nicht ganz ungefährlich, da Arbeitnehmer in produktivitätsschwachen Bereichen gleiche Lohnforderungen stellen könnten. Zur Förderung der Investitionsbereitschaft hat die Regierung jetzt vorgeschlagen, im Haushaltsjahr 1966/67 Mittel für Zuschüsse (cash grants) bereitzustellen.

In *Italien* hat das Spannungsverhältnis zwischen retardierenden und anregenden Kräften zu starken sektoralen Unterschieden in der Umsatz- und Gewinnlage bei den Unternehmen geführt. Das gegenwärtig etwa 3 vH betragende Wachstum des privaten Verbrauchs, das sich in Zukunft aufgrund der Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung noch verstärken wird, kam bisher nicht allen Konsumgüterindustrien zugute. Die Produktion wichtiger Erzeugnisse (Textilien, von der Bautätigkeit abhängige Einrichtungen) stagniert nach wie vor. Die Exportwirtschaft, vor allem die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, verzeichnet dagegen weiter steigende Umsätze und Auftragseingänge. Für die Industrie insgesamt kann für die nächsten Monate ein Produktionswachstum von 6 bis 7 vH erwartet werden. Noch schwach ist die Nachfrage nach Ausrüstungen und Bauleistungen. Hohes Zinsniveau, noch immer unzureichende Gewinne und pessimistische Gewinnerwartungen beeinträchtigen die private Investitionsbereitschaft weiterhin. Im Verlauf des Jahres 1966 ist jedoch mit einer Besserung der Investitionstätigkeit zu rechnen, da zum Jahreswechsel z. B. neue Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Kraft getreten sind.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so unausgeglichen, ist die konjunkturelle Konstellation in *Frankreich*. Auch hier war die Investitionsentwicklung im Jahre 1965 unbefriedigend; das Volumen der privaten Ausrüstungsinvestitionen dürfte ebenfalls, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie in Italien, unter dem Vorjahrsniveau gelegen haben, doch wurde hier der Ausfall durch die erhöhte öffentliche Bautätigkeit überkompensiert, so daß die gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen noch leicht zunehmen. Die Aussichten für die Investitionsentwicklung in den nächsten Monaten erscheinen etwas günstiger. Zwar bewirken die bisher ergriffenen und 1966 in Kraft tretenden Maßnahmen zur Investitionsförderung lediglich Erleichterungen bei der Kapitalbeschaffung. Weitere Anreize könnten allmählich von der zunehmenden Konsumenten- und Staatsnachfrage sowie den Exporten ausgehen. Diese Faktoren haben in den letzten sechs Monaten eine Steigerung der Industrieproduktion um (saisonbereinigt) etwa 5 vH bewirkt, an der — im Gegensatz zu Italien — nach und nach auch die von der Rezession stark betroffenen Bereiche teilhaben. Im übrigen vermuten viele, daß mit der Umbesetzung im französischen Kabinett die bisher nur wenig aufgelockerte Stabilisierungspolitik aufgegeben und eine expansionistische Richtung eingeschlagen wird.

Sollten sich die sozialreformerischen Pläne dabei schon jetzt zu Maßnahmen konkretisieren, die auf eine stärkere Steigerung der privaten Verbrauchsausgaben hinwirken, so müßte im Falle einer Aufgabe des Preisstopps um die bisherigen Erfolge der Stabilisierungspolitik gefürchtet werden.

Die Lage in Westdeutschland

Das Wachstum des westdeutschen Bruttosozialprodukts hat auch im letzten Quartal vergangenen Jahres nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine wesentlichen Änderungen erfahren. Wie schon im dritten Quartal ist mit einem Zuwachs von etwa 8,5 vH (in jeweiligen Preisen) zu rechnen. Allerdings sollte aus der ziemlich stetigen Entwicklung des nominalen und auch des realen Sozialprodukts (+ 4,5 vH) während des zweiten Halbjahres 1965 nicht gefolgert werden, daß damit das Problem des allgemeinen Preisauftriebs an Bedeutung verloren hätte. Denn nachdem im dritten Quartal der Anstieg der Preise für Güter des privaten Verbrauchs die Rekordrate von fast 4 vH erreicht hatte, gibt die Stabilisierung dieser Rate selbstverständlich keinerlei Anlaß zur Beruhigung.

Zu den heute diskutierten Maßnahmen, die den aktuellen Preisauftrieb eindämmen sollen, zählt vor allem die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben auf jenes Maß, das den realen Möglichkeiten der zukünftigen Steigerung des Bruttosozialprodukts zusätzlich eines geringen Spielraums für erwartete Preissteigerungen entspricht¹⁾.

Die konjunkturpolitische Diskussion hat sich somit — nachdem die Frage der Kursflexibilität nicht mehr aktuell ist — eindeutig auf binnenwirtschaftlich orientierte Aktionen verlagert. Der Sachverständigenrat hatte in seinem ersten Gutachten die Flexibilität einer antizyklischen Fiskalpolitik mit Recht bezweifelt. Außerdem hatte er damals festgestellt, daß die Fiskalpolitik bei voller Konvertibilität und festen Wechselkursen die Binnenkonjunktur nur dann stabilisieren kann, wenn sie nicht so sehr Liquiditätspolitik ist als eine Politik zur Beeinflussung der Auftragslage und der Rentabilität der Unternehmungen. Die heute vom Sachverständigenrat gesetzten Bedingungen für eine Preisstabilität sind mit den damaligen Aussagen nicht mehr uneingeschränkt zu vereinbaren.

So ist zwar eine Fortsetzung der Ausgabenpolitik, wie sie in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres von der öffentlichen Hand geübt wurde, zweifellos abzulehnen, aber die jetzt vom Sachverständigenrat gesetzte Bedingung, die Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben dürfe die des realen Sozialproduktes (1966: 4 vH) um höchstens 2 vH übertreffen, damit eine Übernachfrage der öffentlichen Hand von vornherein vermieden werden könne, ist ebenfalls problematisch.

Bei der Interdependenz der auf die Konjunktur wirkenden Kräfte beeinflußt jede Manipulierung einzelner Aggregate — und gerade auch solcher, die wie der öffentliche Verbrauch an sich durchaus manipulierbar sind — andere konjunkturell relevante Größen. Der Sachverständigenrat hat zwar in seinen Alternativprognosen dieser Interdependenz Rechnung zu tragen versucht. Er beschränkt sich jedoch in seinen Prognosemodellen über die möglichen Auswirkungen unterschiedlicher Zuwachsraten der Staatsausgaben allein auf die Komponenten der Nachfrageseite. Die Wirkungen verschiedener hoher Staatsausgaben auf das Angebot werden insofern vernachlässigt, als die Auswirkungen der Nachfragedämpfung auf Produktivität und Arbeitsvolumen unberücksichtigt bleiben. Dies ist deshalb unrealistisch, weil die vom Sachverständigenrat geforderte Dämpfung der Nachfrageexpansion nach allen bisherigen Erfahrungen weit weniger zu einer Reduzierung des Preisauftriebs, als zu einer Beeinträchtigung des Sozialprodukts-

¹⁾ Vgl. Jahresgutachten 1965/66 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

wachstums führt. Das bedeutet im konkreten westdeutschen Fall eine Verringerung des Produktivitätsfortschritts. Die Annahme des Sachverständigenrates, daß der Produktivitätsfortschritt im einen wie im anderen Fall gleich hoch bleibt, ist daher wenig plausibel.

Nun versucht zwar die Bundesregierung, die vom Rat gesetzten Bedingungen zu erfüllen, doch ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß wie in früheren Jahren auch 1966 die effektiven Ausgaben der öffentlichen Hand die Haushaltsansätze überschreiten werden. Die von den Sachverständigen gesetzte maximale Zuwachsrate von 6 vH wird jedenfalls übertroffen werden. In Anbetracht der konjunkturellen Abschwächung kann diese Entwicklung der öffentlichen Ausgaben sogar begrüßt werden, solange — was wahrscheinlich ist — die gefährlich hohen Raten der ersten neun Monate des Vorjahres nicht erreicht werden.

Noch bedenklicher als die Bindung der öffentlichen Ausgaben an das Wachstum des Sozialprodukts ist die vom Sachverständigenrat weitergesetzte Bedingung, das Kreditvolumen zur Finanzierung der Investitionen der Wirtschaft an die für vertretbar gehaltene Zuwachsrate des Sozialprodukts zu koppeln. Denn man kann sich zwar über den anzustrebenden Investitionszuwachs gewisse quantitative Vorstellungen machen, aber jede Vorausschätzung der hierfür erforderlichen Kredit-

menge ist mit einer Fehlermarge behaftet, die ihre Benutzung als wirtschaftspolitisches Leitbild ausschließt. Der Kreditbedarf der Wirtschaft zeigt je nach deren Liquiditäts- und Gewinnstatus im Zuwachs Schwankungen, die erheblich über die gleichzeitigen Veränderungen des Investitionszuwachses hinausgehen und häufig sogar gegenläufig sind. Hinzu kommt, daß eine Begrenzung des inländischen Kreditvolumens heute zu verstärkter Beanspruchung des Auslandskredits führt. Wenn auch dies durch dirigistische Maßnahmen verhindert wird, sind Schäden für die Wirtschaft unvermeidlich.

Der Rückgriff der Wirtschaft auf den Auslandskredit hat sich infolge des hohen inländischen Zinses, der durch die Liquiditätsverknappung im Inland bedingt ist, weiter verstärkt; außerdem haben die Kreditinstitute in wachsendem Umfang ihre Auslandsreserven mobilisiert. Es sind also wieder Tendenzen spürbar geworden, die monetäre Restriktion zu konterkarieren. Da es zweifellos nicht in den Absichten der Bundesbank liegt, diesen Rückgriff auf Auslandskredite und Auslandsreserven so lange zuzulassen, bis es erneut zu ernsthaften Störungen in der internationalen Liquiditätsverteilung kommt, wird die Bundesbank früher oder später erkennen, daß alle Vorschläge einer schematischen Begrenzung des inländischen Kreditvolumens ein untaugliches Mittel der Wirtschaftspolitik sind.

Voraussichtliche Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland bis 1975

Über das Bevölkerungswachstum in der Bundesrepublik, die Entwicklung einzelner sozialer Gruppen sowie der Erwerbstätigkeit in den vergangenen Jahren hat das DIW schon wiederholt berichtet¹⁾. Im folgenden wird nun auch ein Ausblick auf die nächsten zehn Jahre²⁾ gegeben.

Basis der Vorausschätzung ist das anomale Bild der deutschen Bevölkerungsstruktur: Zwei Weltkriege und eine Wirtschaftskrise haben — durch direkte Verluste oder durch Geburtenausfälle — zur Folge gehabt, daß die Altersgliederung der Bevölkerung verzerrt ist; erst seit 1950 wächst der Sockel der Bevölkerungspyramide wieder normal.

Die folgende Schätzung stützt sich zunächst auf eine Fortschreibung der Bevölkerung von 1965 auf die Jahre 1970 bis 1975, wobei entsprechend der bisherigen Entwicklung eine weitere Senkung der altersspezifischen Sterblichkeit sowie nach dem Alter unterschiedliche Annahmen über die altersspezifische Fruchtbarkeit unterstellt wurden. Um daraus Angaben über das künftige Arbeitskräftepotential zu ermitteln, wurden Veränderungen der altersspezifischen Erwerbsquoten zugrunde gelegt, die nach den bisher beobachteten Tendenzen wahrscheinlich sind. Eine Berechnung des natürlichen Wachstums von Bevölkerung und Arbeitskräftepotential bezieht allerdings den Einfluß der Wanderungen noch nicht ein. In der hier vorgelegten modellhaften Prognose wird mit einem weiteren, wenn auch nicht mehr ganz so starken Wanderungsgewinn wie zwischen 1955 und 1965 gerechnet. Dabei wird angenommen, daß sich das Wirtschaftswachstum ohne größere Rezessionen fortsetzt.

Die *Wohnbevölkerung* wird unter diesen Voraussetzungen von 1965 bis 1975 um rund 6,8 Mill.

Personen zunehmen³⁾; 1975 wird eine Bevölkerungszahl von 65,8 Mill. Menschen erreicht sein. Wie schon in der Vergangenheit (1955 bis 1965) werden Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn an der Gesamtzunahme jeweils zur Hälfte beteiligt sein. Alles in allem wird die unterschiedliche Entwicklung — insbesondere der Erwerbstätigen einerseits und der Personen außerhalb des Erwerbsprozesses andererseits — dazu führen, daß die Erwerbsquote nochmals erheblich absinkt.

Die Zahl der *beschäftigten Arbeitnehmer* wird nach der Modellrechnung um 2 Millionen zunehmen. Da diese Zunahme mehr als zur Hälfte durch zusätzliche Beschäftigung von Ausländern getragen wird (jährlicher Wanderungsgewinn 1965/70: rund 150 000; 1970/75: rund 100 000), ist es selbstverständlich, daß gerade diese Annahme laufend überprüft werden muß. 1965 wurden Ende Juni bzw. Ende September immerhin 230 000 zusätzliche ausländische Beschäftigte gegenüber dem Vorjahrsstand gezählt.

Die Zahl der *selbständigen Erwerbspersonen* ist von 1950 bis 1960 nahezu unverändert geblieben. Die seit etwa 1961 festzustellende Abnahme der Gesamtzahl der Selbständigen wird mit Sicherheit auch in Zukunft anhalten. Vor allem wird die Zahl der hauptberuflich selbständigen Landwirte weiterhin beträchtlich zurückgehen. Ebenfalls ist damit zu rechnen, daß in verschiedenen Handwerkszweigen und im Einzelhandel die Zahl der Selbständigen abnehmen wird. Andererseits kann aber auch davon ausgegangen werden, daß neue, selbständige Existenzen in den Dienstleistungsbereichen entstehen werden.

Im Gegensatz zu den obengenannten Gruppen hat sich der Personenkreis der *mithelfenden Familien-*

³⁾ Bundesrepublik einschl. Saarland und Berlin (West).

¹⁾ Zum letzten Mal im Wochenbericht Nr. 41/1963.

²⁾ Ein ausführlicher Aufsatz darüber erscheint gleichzeitig in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung, Heft 4/1965.

Zahlenmäßige Veränderung der einzelnen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik 1)

Durchschnittliche Jahreszuwachsrate in vH

	1950/55		1955/60		1960/65		1965/70		1970/75	
	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.	gesamt	dar. männl.
Beschäftigte Arbeitnehmer	4,1	3,5	2,6	2,4	1,3	1,4	1,1	1,0	0,9	1,0
davon: Beamte 2)	3,3	3,2	5,1	5,5	3,5	3,7	1,4	1,1	1,0	1,2
Angestellte	5,7	5,0	5,9	5,0	2,5	2,5	2,0	2,0	1,5	1,7
Arbeiter 3)	3,2	2,8	1,8	1,9	0,5	0,7	0,6	0,7	0,5	0,7
Lehrlinge	7,3	5,9	-1,7	-2,9	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2	0,9
Arbeitslose Arbeitnehmer	-7,1	-8,3	-11,8	-11,4	-7,6	-7,6	.	.	-5,9	-8,4
Arbeitnehmer, gesamt	2,9	2,1	1,7	1,6	1,2	1,3	1,1	1,0	0,8	0,9
Selbständige Erwerbspersonen	-0,2	-0,2	-0,4	-0,4	-1,3	-1,3	-1,1	-1,1	-0,7	-0,4
Mithelfende Familienangehörige 4)	-1,4	-2,1	-2,3	-4,2	-2,2	-2,3	-2,5	-1,4	-1,4	-2,4
Erwerbspersonen, gesamt	1,8	1,2	1,0	1,2	0,6	0,8	0,5	0,7	0,5	0,7
Sozialeinkommensbezieher 5)	1,7	2,2	2,8	2,9	2,3	2,6	3,0	3,4	2,2	2,3
Ehefrauen ohne Erwerbstätigkeit	0,2	—	0,4	—	0,0	—	0,5	—	0,2	—
Sonstige Personen ohne Erwerbstätigkeit (über 15 Jahre)	2,1	3,1	1,7	1,3	2,9	3,8	3,3	4,4	3,3	2,3
Kinder unter 15 Jahren	-1,0	-0,9	0,9	1,0	2,9	2,9	1,8	1,8	1,1	1,1
Personen ohne Erwerbstätigkeit, gesamt	-0,3	-0,7	0,7	1,0	1,8	3,0	1,4	2,1	0,9	1,2
Bevölkerung, insgesamt	0,9	1,0	1,1	1,2	1,3	1,6	1,3	1,4	0,9	1,0

1) Einschl. Saarland und Berlin (West). — 2) Einschl. Soldaten. — 3) Einschl. Heimarbeiter. — 4) Einschl. sozialversicherungspflichtige mithelfende Familienangehörige. — 5) Personen, die nicht erwerbstätig sind und überwiegend von Sozialleistungen, Pensionen oder privatem Vermögen leben.

angehörigen schon seit 1950 bis heute um fast eine Million verringert. Dieser starke Rückgang wird voraussichtlich, wenn auch etwas abgeschwächt, in den kommenden Jahren anhalten.

Als Ergebnis dieser sehr unterschiedlichen Annahmen ist damit zu rechnen, daß die Zahl der gesamten Erwerbspersonen im Zeitraum 1965 bis 1975 nochmals um fast 1 500 000 zunehmen wird. Dabei wird jedoch die Erwerbsquote, die schon seit 1957 (48,7 vH) ständig zurückgegangen ist, auch in den nächsten zehn Jahren noch kleiner werden (1975: 43,6 vH). Im Vergleich zu westeuropäischen Nachbarländern bliebe die Quote allerdings auch zu diesem Zeitpunkt immer noch beachtlich hoch.

Die Entwicklung der Gruppe der *Sozialeinkommensbezieher* ist insoweit von Bedeutung, als von ihr der öffentliche Versorgungsaufwand wesentlich bestimmt wird. Es ist in den kommenden Jahren nunmehr mit einem außerordentlich beschleunigten Anstieg zu rechnen. Die Zahl der Sozialeinkommensbezieher wird gegenüber dem gegenwärtigen Zeitpunkt um fast 2,5 Mill. auf 10,8 Mill. zunehmen.

Die Zahl der *Ehefrauen ohne* (beruflich ausgeübte) *Erwerbstätigkeit* ist für das Arbeitskräfteproblem insoweit von Bedeutung, als offensichtlich die Berufstätigkeit von Ehefrauen seit 1950 immer mehr an Umfang zugenommen hat und auch in Zukunft weiter ansteigen wird. Die Prognose unterstellt, daß einer nur geringen Zunahme der Zahl der nicht erwerbstätigen Ehefrauen im gesamten untersuchten Zeitabschnitt eine weit stärkere Erhöhung der Zahl aller Ehefrauen gegenübersteht.

Das künftige natürliche Bevölkerungswachstum ist durch die bereits heute bestehende Altersstruktur weitgehend vorgegeben und daher von den

Einflüssen bestimmt, die sich schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Veränderung der Bevölkerungsstruktur abzeichnen: Der Anteil der alten Menschen wird (noch über den untersuchten Zeitabschnitt hinaus) sehr stark zunehmen, so daß der „Rentenberg“ immer noch wachsen wird. Auch die Gruppe der Kinder unter 15 Jahren wird überdurchschnittlich zunehmen. Zwangsläufig wird daher der Anteil der erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren weiter zurückgehen. Außerdem wird die vorberufliche Ausbildungszeit länger werden. Trotz einer gewissen (altersspezifischen) Erhöhung der Erwerbstätigkeit einzelner Bevölkerungsgruppen wird die durchschnittliche Erwerbsquote der Bevölkerung weiter sinken.

Selbst wenn der Rückgang der Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zu einer zunehmenden Zahl der Arbeitnehmer führt, wird in den nächsten zehn Jahren aus der inländischen Bevölkerungserhöhung nur eine verhältnismäßig geringe, aber doch höhere Zunahme des Arbeitnehmerpotentials (etwa einer dreiviertel Million) zu erwarten sein, als es vom Statistischen Bundesamt vorausberechnet wurde⁴⁾. Ob der Engpaß Arbeitsmarkt noch undurchlässiger wird, wird also davon abhängen, inwieweit durch zusätzliche ausländische Arbeitskräfte der zu erwartenden Nachfrage der Wirtschaft entsprochen werden kann. Der vorliegenden Berechnung zufolge wäre 1975 jeder zehnte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ein Ausländer. Diese Relation wird heute schon in einigen Ballungsgebieten Südwestdeutschlands übertroffen.

4) Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1964 und 1/1965.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb,
Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und
Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand *)	Einheit †)	1964			1965												
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.		
Anzahl der Werktage	
Kredite an Nichtbanken¹²⁾																	
Zentralbankensystem	Mill. DM	E	2897	2703	4566	3155	3700	2919	3576	4138	3562	4085	3728	3255	3467	4074	
Kreditbanken	"	"	64553,1	64747,7	66889,4	66433,0	66878,8	67971,1	68045,8	69173,8	71718,9	71400,5	70972,5	71995,2	71775,8		
an Wirtschaft u. Private	"	"	53361,6	53535,9	55132,6	54707,9	55170,4	55881,4	55896,7	56711,2	58920,4	58992,6	59095,6	60139,6	59764,6		
kurzfristige Kredite	vH	"	62,5	62,4	63,2	63,0	63,0	62,8	62,5	62,3	63,5	62,7	62,0	62,2	61,8		
dar. Wechselkredite	"	"	26,2	26,3	28,2	27,5	27,3	26,8	26,9	26,9	26,9	26,9	26,4	25,5	25,6		
mittelfristige Kredite	"	"	16,8	16,5	16,2	16,2	16,1	16,2	16,3	16,6	16,2	16,9	17,3	17,2	17,3		
langfristige Kredite	"	"	20,7	21,1	20,6	20,8	20,9	21,0	21,2	21,1	20,3	20,4	20,7	20,6	20,9		
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2466,7	2475,9	2617,8	2582,9	2555,9	2587,9	2657,1	2585,7	2657,5	2619,9	2651,7	2671,3	2691,2		
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	8724,8	8735,9	9139,0	9142,2	9152,5	9501,8	9492,0	9876,9	10141,0	9788,0	9225,2	9184,3	9320,0		
Übrige Kreditinstitute¹⁾																	
an Wirtschaft u. Private	"	"	200325,7	204167,4	205498,8	207966,0	210041,6	212587,5	214970,8	217520,6	219546,2	221975,0	224021,8	226592,1	229100,3		
kurzfristige Kredite	vH	"	139714,5	142613,2	142925,8	143805,6	145051,3	146778,5	148219,3	149844,7	151664,0	152804,2	154419,3	156507,2	158157,1		
dar. Wechselkredite	"	"	17,1	16,8	17,0	17,0	17,2	17,4	17,3	17,3	17,7	17,2	17,0	17,5	17,4		
mittelfristige Kredite	"	"	5,8	5,7	5,8	5,7	5,8	5,9	6,0	6,0	5,9	6,0	6,0	6,1	6,1		
langfristige Kredite	"	"	9,0	9,0	9,0	8,9	8,7	8,7	8,8	8,9	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0		
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	73,9	74,2	74,0	74,1	74,1	73,9	73,9	73,8	73,4	73,8	74,0	73,5	73,6		
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	35276,5	36068,5	37221,4	38027,3	38225,9	38593,1	39154,8	39602,4	39705,0	40649,5	41095,8	41450,9	42283,4		
	"	"	25334,7	25485,7	25351,6	26133,1	26764,4	27215,9	27596,7	28073,5	28187,2	28521,3	28506,9	28634,0	28659,8		
Bargeldumlauf und Bank- einlagen¹²⁾																	
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	27442	28070	27804	27353	28345	28244	29059	29092	29121	29943	29208	29453	29658	30036	
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 11)	"	"	72213	72126	75422	72953	73136	72427	72283	75291	75190	73624	74450	74714	74574	76068	
von Wirtschaft und Privaten	"	"	53603	54498	56976	54990	54991	54203	55772	57598	56908	56809	57037	56228	58076	59588	
Sichteinlagen	vH	"	71,3	72,0	71,6	70,0	69,4	70,3	70,1	71,9	71,9	72,4	72,6	72,6	72,8		
Termineinlagen	"	"	28,7	28,0	28,4	30,0	30,6	29,7	29,9	29,3	28,1	28,1	27,6	27,4	27,5	27,2	
von deutschen öffentl. Stellen ¹¹⁾	Mill. DM	"	18610	17628	18446	17963	18145	18224	16511	17693	18282	16815	17413	18486	16498	16780	
Sichteinlagen bei Kreditinstit. außerh. d. Zentralbankensystems	vH	"	22,6	28,6	29,7	25,6	26,9	25,3	25,2	26,3	27,5	26,1	27,4	26,8	26,7	30,8	
Sichteinlagen beim ZBS ¹¹⁾	"	"	26,6	15,4	17,4	17,8	17,8	21,4	17,9	16,9	19,6	18,5	16,0	23,3	19,6	14,7	
Termineinlagen	"	"	50,8	56,0	52,9	56,6	55,3	53,8	56,9	56,8	52,9	55,4	56,6	49,9	53,7	54,5	
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	538	430	134	569	270	257	112	232	131	407	303	430	216	159	
Spareinlagen	"	"	89629	90218	93501	95228	96954	98248	99130	100241	101190	102217	102744	103574	104876	105452	
Deutsche Bundesbank																	
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	30303,5	29887,3	30747,4	29288,6	29628,6	30281,9	30099,7	29442,7	29126,0	29229,3	28812,2	29196,4	29374,4	29574,9	
Gold	"	"	16348,9	16349,6	16730,8	16735,7	16738,2	16707,6	16708,4	17245,2	17248,8	17266,2	17260,4	17294,4	17351,8	17357,8	
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	13478,5	13041,3	13453,2	11986,6	12373,9	13023,6	12877,8	11666,5	11286,9	11331,7	10930,1	11265,1	11337,6	11481,8	
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	476,1	496,4	563,4	566,3	516,5	550,7	513,5	531,0	593,3	631,4	621,7	636,9	685,0	735,3	
Wertpapiermarkt																	
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien ²⁾	Mill. DM	S	1533,1	1086,8	1318,3	247,5	1804,3	1653,2	1471,3	1441,4	1860,7	2087,4	1213,9	824,1	1380,3	1358,5	
Pfandbriefe	vH	"	24,6	33,5	41,3	24,1	24,6	29,5	23,3	16,6	14,9	19,4	19,4	36,1	25,1	21,8	
Kommunalobligationen	"	"	18,5	15,2	21,5	18,3	21,2	17,4	23,3	13,9	20,2	24,6	21,1	29,8	11,2	18,3	
Öffentliche Anleihen	"	"	29,9	34,0	10,3	33,0	0,6	7,2	30,7	26,0	18,5	30,3	5,0	7,0	23,6	25,6	
Industrieobligationen	"	"	3,3	—	0,5	6,2	—	7,0	—	—	14,5	—	—	—	—	3,7	
Aktien	"	"	8,3	8,3	5,4	3,6	16,0	4,7	6,2	22,7	22,3	8,5	44,9	12,8	16,0	5,2	
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.53																
Aktien ⁴⁾	-100	D	577	562	561	564	549	537	534	521	508	503	511	511	496	483	
5%ige Pfandbriefe	vH	"	119,90	119,58	119,69	119,93	119,71	119,60	119,41	118,29	116,53	114,92	113,69	113,14	110,58	110,92	
5%ige Kommunalobligationen	"	"	117,94	118,25	118,29	118,44	118,43	118,40	118,16	117,65	116,71	115,06	113,72	113,38	110,91	110,15	
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	122,29	121,81	121,65	121,73	121,35	121,11	120,65	119,51	117,66	115,40	114,24	113,88	111,34	111,55	
Finanzen																	
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁵⁾	Mill. DM	S	6040,6	6189,8	10994,0	7003,2	5907,9	9579,4	5480,6	5969,6	10306,2	5969,2	6717,3	10247,9	6381,4	6534,9	
Einkommen- u. Körperschaftst. 6)	"	"	1883,3	1892,6	6840,5	2722,3	1616,8	5738,9	1593,1	1686,6	6272,7	1936,2	1998,9	6240,5	2026,7	1914,6	
Lohnsteuer	"	"	1585,6	1586,2	1780,9	2047,7	1212,1	842,9	1001,8	1092,9	1135,7	1329,5	1445,3	1551,7	1652,4	1581,6	
Veranl. Einkommenst.	"	"	188,6	163,0	3068,1	349,7	233,4	3038,6	400,1	356,5	8083,3	334,2	245,1	2926,5	210,8	192,1	
Körperschaftsteuer	"	"	169,9	99,0	1928,6	240,9	114,3	1763,2	117,9	127,7	1722,5	118,6	86,5	1729,6	94,5	96,6	
Umsatzsteuer	"	"	1970,0	2035,8	1964,4	2357,7	1681,0	1660,1	1924,6	2002,2	1951,1	1988,0	2154,8	1939,1	2181,8	2155,5	
Zölle und Verbrauchsst.	"	"	1597,0	1453,2	1684,4	1454,7	1247,2	1637,2	1458,0	1441,3	1627,6	1561,9	1719,9	1595,8	1725,5	1564,9	
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	88,9	372,0	90,9	66,0	332,5	47,1	70,7	333,4	36,2	53,4	303,2	33,2	68,1	258,7	
Außenhandel																	
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	5479	5471	5678	5326	4988	5966	5582	5916	5937	6094	5500	6169	6264	6338	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5950	5561	6151	5458	5413	6506	5586	6174	5628	6216	5196	5919	6331	6229	
Saldo ⁸⁾	"	"	+ 471	+ 90	+ 473	+ 132	+ 425	+ 540	+ 4	+ 258	- 309	+ 122	- 304	- 250	+ 67	- 109	
Einfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5838	5759	5921	5528	5191	6140	5738	6079	6057	6238	5663	6369	6399	6445	
Ausfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5880	5470	5980	5337	5275	6337	5459	6010	5494	5971	5028	5777	6180	6032	
Terms of Trade ¹⁰⁾	1960=100	D	107,9	107,1	107,3	106,2	106,8	105,7	105,1	105,5	104,5	106,6	106,4	105,7	104,6	105,1	
Einfuhr																	
Güter der Ernährungswirtschaft.	Mill. DM	S	1268	1350	1359	1172	1048	1336	1250	1353	1423	1405	1409	1519	1544	1674	
Rohstoffe	"	"	899	935	1016	1029											

Gegenstand	Gebiet	Einheit †)	1964				1965											
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage			22,8	23,0	20,9	21,8	20,7
Verkehrsindizes																		
Personenverkehr, kalendertägl.																		
Dtsch. Bundesbahn, bef. Pers.	BRD	1962 = 100	TD	101	90	96	94	101	99	95	97	101	92	95	91	100	.	.
Straßenbahnen, " " " " " "	"	"	"	84	86	89	90	83	87	86	82	84	80	78	70	82	.	.
Omnib., Ortslinien " " " " " "	"	"	"	105	110	117	119	108	113	111	107	108	105	102	97	108	.	.
Überlandl. " " " " " "	"	"	"	103	104	111	106	109	114	111	104	108	104	99	96	109	.	.
Gelegenheit " " " " " "	"	"	"	125	87	62	57	52	67	65	61	116	134	139	124	137	.	.
Güterverkehr, kalendertäglich																		
Dtsch. Bundesbahn, bef. Güter	BRD	1962 = 100	TD	111	118	117	103	98	96	94	98	95	98	99	97	104	.	.
Binnenschiffahrt, " " " " " "	"	"	"	108	111	113	106	98	99	97	114	116	117	122	122	.	.	
Seeschiffahrt, Güterumschlag	BRD	"	"	112	121	116	115	114	111	116	119	122	125	120	126	126	.	.
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , bef. Güter	BRD	"	"	125	128	118	103	99	99	115	118	122	122	124	126	134	.	.
Nachrichtenverkehr ²⁾	BRD	"	"	c) 107	c) 105	c) 105	c) 103	109	109	.
Deutsche Seefrachten																		
Linienfahrt	BRD	2.Hj.54=100	D	138	138	139	139	139	139	140	142	142	142	143	142	143	144	144
Trampfahrt	"	"	"	79	82	86	85	84	86	86	85	87	85	84	86	89	89	89
Tankerfahrt	"	Mot/Sc.=100	"	47	58	62	83	74	66	54	42	41	50	41	57	44	59	78
Verkehrsleistungen																		
Personenverkehr																		
Dtsch. Bundesbahn ³⁾ , bef. Pers.	BRD	1000	S	94627	87114	90172	90859	97069	86560	92191	91546	98101	86313	92590	88414	o)94140	90504	.
Pkm	"	Mill.	"	3229	2739	2415	3301	2715	2587	2814	3043	3466	3692	4407	4028	o) 3293	2987	.
Straßenbahnen ⁴⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	219832	234300	234247	243320	225972	213475	233683	216642	227023	211476	210992	190600	214447	225700	.
Pkm	"	Mill.	"	1051	1114	1121	1160	1077	1017	1116	1035	1081	1017	1008	915	1024	1081	.
Omnibusse ⁵⁾ , bef. Pers.	"	1000	"	292847	309371	316061	322759	312045	294973	318959	292949	313024	293868	293426	280800	306332	317600	.
Pkm	"	Mill.	"	3612	3109	2743	2714	2655	2585	2831	2749	3556	3755	3982	3712	3823	3324	.
Luftfahrt ⁶⁾ , Fluggäste	BRD	1000	"	1355	1186	869	831	829	825	976	1263	1424	1561	1616	1653	1683	1481	975
Güterverkehr																		
Dtsch. Bundesb. ⁷⁾ , bef. Güter	BRD	1000 t	S	29049	31986	30829	27867	25176	23529	25508	25611	25817	25696	26994	26389	27183	29817	.
Tarif-tkm " " " " " "	"	Mill.	"	5525	5957	5507	5066	4602	4217	4876	4821	4938	4986	5325	5094	5308	5573	.
Güterwagengestellg. " " " " " "	"	1000	"	1679	1824	1690	1545	1395	1362	1572	1498	1511	1480	1580	1502	1589	1702	1609
Binnenschiffahrt ⁸⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	15226	16121	15982	15489	14230	13010	14167	16071	16893	16544	17809	17782	18092	.	.
tkm	"	Mill.	"	3277	3402	3374	3539	3132	2926	3097	3629	3838	3817	4058	4053	4077	.	.
Seeschiffahrt ⁹⁾ , bef. Güter	"	1000 t	"	7956	8761	8407	8356	8325	7286	8444	8371	8872	8778	8692	9140	8789	.	.
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , " " " " " "	BRD	1000 t	"	11450	11723	10811	9407	9047	9020	10550	10764	11174	11163	11303	11534	12260	.	.
Tarif-tkm " " " " " "	"	Mill.	"	2795	2875	2669	2315	2290	2299	2657	2627	2789	2709	2842	2765	2976	.	.
Luftfahrt ⁶⁾ , Fracht und Post	"	t	"	18590	20663	19450	20806	18095	19310	21723	29872	20099	20044	21578	19738	23087	23979	23098
Nachrichtenverkehr																		
Briefsendungen	BRD	Mill.	S	785	810	831	931	714	727	854	843	776	765	753	743	823	819	876
Paketendungen	"	"	"	24	29	33	41	21	22	26	26	24	21	22	20	25	27	84
Telefongespräche	"	"	"	524	530	515	530	510	513	509	.	.
Neuzulassgn. v. Kraftfahrzeugen dar. Personenkraftwagen ¹⁰⁾	BRD	Stück	S	126309	132111	105109	102324	95038	127610	194993	201987	163653	153397	139156	109787	146165	160111	131424
" " " " " "	"	"	"	107987	113704	90163	87423	81007	111348	170152	178904	143715	134145	122066	94535	127210	139811	114876
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	BRD*)	1954 = 100	S	193	232	234	311	186	180	215	237	218	209	232	199	216	249	272
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	177	195	185	249	174	175	194	214	192	199	217	195	196	209	207
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	173	250	251	334	186	147	196	236	219	194	229	165	199	261	301
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	229	262	277	373	202	201	230	234	228	218	249	230	251	276	313
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	221	241	248	351	204	218	260	272	253	241	255	231	247	264	291
Grundstoffpreise																		
Grundstoffe insgesamt	BRD	1958 = 100	D	103,0	103,9	104,9	105,6	104,7	105,1	105,6	105,7	105,9	106,2	105,4	106,2	106,7	107,1	107,2
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	104,0	105,0	106,2	107,1	106,1	106,6	107,3	107,4	107,6	108,0	107,2	108,1	108,7	109,2	109,2
" ausländischer Herkunft	"	"	"	97,2	97,6	97,6	97,0	97,1	96,7	95,9	96,0	95,9	95,4	95,0	94,8	95,2	95,7	95,7
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	104,4	105,4	107,4	109,8	107,8	107,8	108,4	108,6	108,5	109,8	108,7	110,3	111,4	111,9	111,8
" industrieller " " " " " "	"	"	"	102,1	102,9	102,9	102,9	102,7	103,4	103,7	103,9	104,1	103,7	103,2	103,5	103,6	104,0	104,2
Erzeugerpreise																		
Industrierzeugnisse insgesamt	BRD	1962 = 100	D	101,9	102,4	102,8	102,7	103,0	103,4	103,5	103,8	104,0	104,0	104,1	104,2	104,4	104,7	104,6
Grundst.- und Prod.-güterind.	"	"	"	100,5	101,3	101,6	101,3	100,8	101,7	101,9	102,4	102,7	102,4	102,3	102,3	102,4	102,6	102,4
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	102,0	102,6	103,3	103,4	103,9	104,0	104,2	104,4	104,6	104,7	104,8	104,7	104,9	105,0	105,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	104,2	104,3	104,4	104,4	104,9	105,2	105,3	105,4	105,6	105,8	106,0	106,3	106,6	106,9	107,0
Nahrungs- u. Genussmittelind.	"	"	"	102,0	102,1	102,3	102,4	102,5	102,7	102,8	102,8	102,8	103,1	103,3	103,7	104,1	104,4	104,4
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	61/62 = 62/63 = 100	"	103,5	104,0	107,2	110,5	107,6	107,3	109,4	109,9	110,8	114,3	113,4	112,8	113,8	113,9	115,0
Einzelhandelspreise																		
Insgesamt	BRD*)	1958 = 100	D	112	112	113	113	114	114	114	115	115	116	117	116	116	116	117
Lebensmittel	"	"	"	111	111	111	112	112	112	113	113	114	116	118	116	115	115	117
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	111	111	111	111	112	112	112	113	113	113	113	113	114	114	115
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	113	114	114	115	115	116	116	117	117	117	117	117	117	118	118
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																		
Gesamt ¹¹⁾	BRD	1962 = 100	D	105,5	105,7	106,2	106,4	107,0	107,1	107,5	107,8	108,5	109,5	110,1	109,6	109,5	109,7	110,3
Nahrungs- u. Genussmittel	"	"	"	104,7	104,5	105												